

P3 Projekt 3: Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und
- 2 Informationsfreiheitsgesetz
- 3 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und
- 4 Verwaltungshandeln sind Voraussetzung für die Verständlichkeit politischen Handelns, das
- 5 Vertrauen in demokratische Strukturen und effektive Mitbestimmung. Bislang ist es schwer für
- 6 Bürger*innen, die für sie relevanten Informationen zu bekommen. Mit unserem Transparenz- und
- 7 Informationsfreiheitsgesetz führen wir eine weitgehende Veröffentlichungspflicht der
- 8 Verwaltung ein und ergänzen so das Recht auf Akteneinsicht. Die Auskunft auf Antrag bleibt
- 9 aber möglich, gerade für die Informationen, die nicht veröffentlicht werden müssen. Die
- 10 Veröffentlichungspflicht soll für Behörden gelten, aber auch für Landesbetriebe und private
- 11 Unternehmen, an denen das Land maßgeblich beteiligt ist. Das gilt insbesondere für alle
- 12 Verträge, an denen ein öffentliches Interesse besteht – vor allem Privatisierungsverträge –
- 13 sowie Gutachten und Studien, die beispielsweise der Vorbereitung behördlicher Entscheidungen
- 14 dienen. Dabei achten wir darauf, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie der
- 15 Entscheidungsprozess von Regierung und Verwaltung soweit wie nötig geschützt und der
- 16 Datenschutz gewahrt werden. Der Zugang zu den Informationen soll frei und anonym und die
- 17 Nutzung und Weiterverarbeitung kostenlos möglich sein. Die Berliner Datenschutzbeauftragte
- 18 wird als Beauftragte für Datenschutz, Transparenz und Informationsfreiheit in Zukunft auch
- 19 über die Einhaltung dieses Gesetzes wachen.